

# Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Telephon Nr. 65.

Größte und meistverbreitete Zeitung

der Kreise Neuß und Grevenbroich

Telephon Nr.

Die Neuß-Grevenbroicher Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. Als Gratisbeigabe täglich das Unterhaltungsblatt „Der Hausfreund“, das St. Quirinusblatt. — Preis pro Quartal in Neuß durch Boten ins Haus gebracht, auswärts an der Post abgeholt M. 1.50. Das illustrierte Sonntagsblatt wird den Abonnenten gegen einen Mehrbetrag von 15 Pfg. pro Quartal beigegeben. — Die Zeitung kann auch pro Monat à 50 Pfg. abonniert werden.



Inserate finden durch die Neuß-Grevenbroicher Zeitung die weiteste Verbreitung und haben bei dem aufrichtigen Lesepublikum unseres Blattes die beste Wirkung. Preis für die achteckige Zeile über dem Raum 15 Pfg., außerhalb des Kreises Neuß u. Grevenbroich 20 Pfg., für die vierzeilige Reklamezeile 60 Pfg. Anzeigen erbeten an die Expedition bis 7 Uhr abends für die Nummer des folgenden Tages. Annoncen-Aannahme durch alle bewährten Annoncen-Expeditionen. Expedition: Neuß, Niederstraße 46.

Nr. 127.

Redaktion: Joh. Grunau.

Dienstag, den 14. März 1911. (Mithilfe, Guthhins.)

Rotationsdruck und Verlag der Gesellschaft f. Buchdruckerei, Neuß

38. Jahrgang.

## Der Postarat im Reichstagsplenum.

Freitag war der wichtigste Tag der Postbeurteilung. U. a. handelte es sich um die Abstimmung über die verschiedenen Resolutionen zugunsten der Postbeamten, über die Donnerstag und Freitag diskutiert wurde.

Bereits erwähnt wurde der Antrag Gröber, welcher folgenden Wortlaut hat:

den Herrn Reichstagspräsidenten zu ersuchen, 1. die alsbaldige Vorlage eines Gesetzes zur Neuordnung der Dienstverhältnisse der Postbeamten zu veranlassen, in welchem a. das Disziplinarverfahren mit ausreichenden Garantien für die Rechte der Beamten versehen, insbesondere das Wiederbeschäftigungsverfahren geregelt, und b. eine dem § 10 des Kolonialbeamtengesetzes entsprechende Vorschrift aufgenommen wird, wonach, wenn in die Personalakten Vorstrafen eingetragen sind, die dem Beamten zum Nachteil gereichen, eine Entscheidung hierauf nur getroffen werden darf, nachdem dem Beamten Gelegenheit zur Wehrung gegeben ist; 2. die Veröffentlichung einer Statistik der verbeiratheten und der unverbeiratheten Postbeamten, der Kinderzahl ihrer Familien, sowie der Sterbefälle der Reichsbeamten nach den Reichsämtern getrennt herbeizuführen; 3. die Post- und Telegraphenbeamtenprüfung ausnahmsweise mit Genehmigung des Reichspostamts zum zweiten Male wiederholen zu lassen.

Außerdem lagen von Centrumsseite noch zwei Anträge vor. Der erste Antrag Giesberts, Trimborn, Sammer ging dahin:

den Herrn Reichstagspräsidenten zu ersuchen, dahin zu wirken, daß a. die vor dem 1. Januar 1900 in den Dienst getretenen Postassistenten, Oberpostassistenten usw. nach 24jähriger etatsmäßiger Dienstzeit eine persönliche Zulage von 300 Mk. jährlich erhalten; b. die nichtetatsmäßigen Unterbeamten der Reichspost — die Klasse der Landbriefträger ausgenommen — nach 25jähriger Dienstzeit etatsmäßig angestellt werden.

Der Antrag deckt sich unter a. inhaltlich völlig mit der entsprechenden Resolution der Budgetkommission.

Der zweite Antrag Wiedberg erhob das Verlangen:

den Herrn Reichstagspräsidenten zu ersuchen, 1. die Arbeiterausschüsse der im Telegraphenbau beschäftigten Arbeiter und Handwerker so auszubauen, daß es den Ausschüssen ermöglicht wird, durch geeignete Vertreter die Wünsche der Post- und Telegraphenarbeiter und -Handwerker jährlich einmal den Vertretern der Oberpostdirektion und einem Vertreter des Reichspostamts vorzutragen; 2. für die Post-, Telegraphen- und Zeugnissarbeiter eine Pensionskasse zu errichten, wie solche die Eisenbahnarbeiter der Reichs- und preussischen Staatseisenbahnen in ihren Pensionskassen schon besitzen.

Die von der Budgetkommission vorgeschlagenen Resolutionen lauten:

a. den Herrn Reichstagspräsidenten zu veranlassen: 1. daß von der Einberufung von Anwärtern für den mittleren und höheren Postdienst bis auf weiteres Abstand genommen und das Verbot für die Vernehmung von Beamtenkräften durch die Einstellung von Unterbeamten und gebildeten Unterbeamten befristet wird; 2. daß demnach dem Reichstage eine Denkschrift über die anderweitige Organisation der Beamten der Reichspostverwaltung, unter konsequenter Festhaltung des Grundsatzes, daß Arbeiten, für die eine geringere Qualifikation ausreicht, von Beamten mit niedrigerem Range und Gehalt übertragen werden, unter voller Schonung der Interessen der vorhandenen Beamten, vorgelegt wird; b. den Herrn Reichstagspräsidenten zu ersuchen, bei den verbündeten Regierungen dahin zu wirken, daß den Ober-Post- und Telegraphenassistenten (Tit. 4, 18, 22), sowie den Vorsteher der Postämter III (Tit. 23), welche vor dem 1. Januar 1900 in den Dienst der Reichspost- und Telegraphenverwaltung eingetreten sind, soweit sie drei Jahre lang im Genusse des Höchstgehaltes gewesen sind, eine persönliche Zulage von 300 Mk. gewährt werde; 2. die verbündeten Regierungen zu ersuchen, von dem im § 30 des Bundesratsgesetz vom 15. Juni 1910 dem Bundesrat erteilten Ermächtigung der Einberufung einzelner Orte in eine höhere Dienstklasse zur Beförderung hervorgeratener Härten entsprechenden Gebrauch zu machen.

Diese Resolutionen wurden angenommen. Für die Resolution unter b. stimmte in namentlicher Abstimmung auch das Centrum mit vereinzelten Ausnahmen (8 von 84 anwesenden Mitgliedern), nachdem der Antrag Giesberts vorher abgelehnt worden war. Zu Beginn der Sitzung fand eine sehr lange und zum Teil sehr heftig geführte Geschäftsordnungsdebatte statt, welche die nationalliberale Fraktion mit einer Sonderresolution, die lediglich eine Abschrift der Resolution b. der Budgetkommission darstellte, verurteilt hatte. Die Nationalliberalen begründeten ihr gesondertes Vorgehen damit, daß das Centrum die vorerwähnte Resolution zum Titel 1 (Staatssekretär) gestellt hätte und deshalb der entsprechenden, eigentlich zum Titel 22 vorliegenden Vorschlag der Budgetkom-

mission nun gleichfalls beim Titel 1 erledigt werden müsse. Sie bekamen deshalb von der rechten Seite des Hauses, von den Abgg. v. Camp, Dr. Dröcher, Latmann bittere Worte zu hören über ihr illoyales Vorgehen. Daß die Centrumsresolution zu Titel 1 gestellt worden war, erklärte sich, wie die Herren von rechts durchaus sachlich anerkannten, sehr natürlich dadurch, daß sie zwei verschiedene Titel umfaßte.

Ein von freisinniger Seite zum Centrumsantrage Giesberts gestellter Antrag,

den Antrag unter b. folgendermaßen zu fassen: b. die nicht etatsmäßigen Unterbeamten und Arbeiter der Reichspost — die Klasse der Landbriefträger ausgenommen — nach spätestens zehnjähriger Dienstzeit etatsmäßig angestellt werden, mußte abgelehnt werden, weil 1. der Ausdruck Arbeiter sich als zu ungenau erwies und 2. über die Anstellung der Arbeiter bezw. über die Anrechnung der Arbeiterjahre die Verhandlungen zwischen den verschiedenen Ressorts (Post, Militär, Marine usw.) noch schweben. Im Anschluß daran wurde dann der gesamte Antrag Giesberts gegen rechts und links abgelehnt. Dadurch entfiel leider die Mahnung zugunsten der Verbesserung der Anstellungsverhältnisse der Postunterbeamten, für die das Centrum eintreten sich verpflichtet fühlte, weil sie in den letzten Jahren eine steigende Verschlechterung erkennen lassen. Sodann wurde, wie schon erwähnt, die Resolution b. der Budgetkommission angenommen, und zwar mit 257 gegen 55 Stimmen; dagegen stimmte geschlossen die Sozialdemokratie. Damit erledigte sich die nationalliberale Resolution, mit der die Herren allem Anschein nach sich einen besonderen Kranz ums Haupt zu flechten gedachten.

Der Antrag Gröber war schon vorher vom Plenum gutgeheißen worden.

Ein Antrag der Sozialdemokratie, den Herrn Reichstagspräsidenten zu ersuchen, eine Revision des Beamtenbesoldungsgesetzes in dem Sinne vorzubereiten, daß eine angemessene Erhöhung der durch auszulänglichen Wägen der Post-Unterbeamten eintritt, wurde in namentlicher Abstimmung mit 164 gegen 138 Stimmen abgelehnt. Dies geschah — auch seitens des Centrums — weil damit die gesamte Besoldungsfrage aufs neue aufgerollt worden wäre. Bei der vorliegenden gefälligen Regelung, vor allem aber bei der derzeitigen Finanzlage des Reichs, wäre dies ein völlig zweckloses Beginnen, das nur die ganze Beamtenchaft in die größte Unruhe bringen würde. Hingegen fand eine freisinnige Resolution Giesberts-Dohren, „unbeabsichtigte Härten der Besoldungsreform durch geeignete Maßnahmen auszugleichen“, Annahme. Bei ihr konnte man von einer Neuaufrollung der Besoldungsfrage nicht reden, ebensowenig wie bei dem Antrag Giesberts, der sich lediglich auf die Berücksichtigung eines moralischen Rechtsanspruches der vor 1900 in den Postdienst eingetretenen Post- und Telegraphenassistenten bezog sich auf eine Verbesserung der Anstellungsverhältnisse der unteren Postbeamten.

Ein Antrag Dr. Dröcher (konf.), West-Heidelberg (nfl.) und Latmann (Wirtsch. Ver.), der die Wiederherstellung der von der Budgetkommission gestrichenen Stellen für höhere Postbeamte bezweckte, wurde nicht angenommen, weil die Gründe, die zur Streichung geführt hatten, nicht widerlegt worden waren.

Der Centrumsantrag Wiedberg (siehe oben) zugunsten der Telegraphen- und anderer Arbeiter im Postbetriebe wurde gutgeheißen, nachdem der Staatssekretär sich zu seinem Inhalte zum Teil günstig ausgesprochen hatte.

Das sind die wesentlichen Vorgänge von Donnerstag u. Freitag v. B. im Reichstage. Die Leser unserer Zeitung aus Beamtenkreisen erfahren daraus, daß die Befürchtungen bezüglich der Haltung des Centrums auf Grund der Berichte aus den Verhandlungen gefund haben. Es war vorauszusetzen, daß die Abstimmung der wenigen Fraktionsmitglieder in der Kommission von dem Grob der Fraktion nicht gebilligt werden würde. Gleichwohl waren diese Abstimmung und die Nachricht davon in gleicher Weise und noch mehr geeignet, in den betroffenen Beamtenkreisen Befürchtungen zu erzeugen, als der erwähnte Artikel im Tag gelegentlich der Besoldungsvorlage. Das ist für die Partei besonders beklagenswert, weil die Gegner des Centrums mit allen und jedeswegs nur lauten Mitteln diese Vorgänge auszunutzen versuchen werden. Die tatsächliche Haltung der Centrumsfraktion bietet, wie wir mit Genugthuung feststellen können, jetzt so wenig gerechtfertigte Veranlassung dazu wie damals.

## Deutschland.

Berlin, 13. März.

„Zur Wahl in Zimmernstadt“ mehr nach geschlagener Schlacht der „Bayerische Couriers“ die folgenden bemerkenswerten Feststellungen, die für das Centrum überaus ehrenvoll sind:

1. Das Centrum hat seine Stimmenzahl gegenüber der ersten Wahl noch um 117 Stimmen vermehrt.

2. Das Centrum hatte 1907 seine höchste Stim-

menzahl in diesem Wahlkreis nämlich 12,013 Stimmen. Diese hat es bei der jetzigen Stichwahl noch um 780 Stimmen überschritten.

3. Das Centrum hat jetzt in der Stichwahl nur um 338 Stimmen weniger als die absolute Mehrheit (13,131) im ersten Wahlgang betrug.

4. Die verbündeten Liberalen und Sozialdemokraten haben ihre Stimmenzahl des ersten Wahlganges in der Stichwahl nicht vermehrt, sondern sie haben um 28 Stimmen abgenommen.

5. Die Liberalen, welche im ersten Wahlgang um 48 Stimmen abgenommen hatten, haben diesen Verlust nicht eingebracht, sie sind nicht vorwärts geschritten.

6. Im Jahre 1871 hatten die Liberalen 11,350 Stimmen. Gegenüber dieser Stimmenzahl sind sie bei der Wahl vom 25. Februar 1911, die 10,589 betrug, um 765 Stimmen zurückgeblieben.

Angesichts dieser ziffermäßigen Feststellungen kann denn auch konstatiert werden, daß der liberale Siegesjubiläum so laut und stark ist, wie man vielleicht hätte erwarten sollen. Die „Augsburger Abendzeitung“ bezeichnet die Tatsache, daß das Centrum gegenüber der Hauptwahl am 25. Februar dieses Jahres noch ca. 900 Stimmen mehr aufgebracht hat, eine recht respectable Leistung.

## Entweder rot oder kein Brot.

Die Bestrebungen der sozialdemokratischen Gewerkschaften, beim Abschluß von Tarifverträgen sich das Arbeitermonopol zu sichern, um dadurch alle Berufsangehörigen — eventuell durch Höherhängen des Brottarifs — in ihre Organisationen hineinzuzwingen, nehmen immer größeren Umfang an. Ueber solche Monopolbestrebungen des sozialdemokratischen Gewerkschaftsbundes lesen wir in einer jüngst eines Fabrikanten aus der „Deutsche Arbeiterzeitung“ (Nr. 6): „Der Sozialarbeiterverband erstreckt sich auf den Fabrikanten, in denen keine Mitglieder überwiegen, den Ausschluß anderer Organisationen an. Er begünstigt sich nicht damit, neue Mitglieder durch Ueberzeugung zu gewinnen. Er will die Einstellung von Arbeitern die nicht seinem Verband angehören, verhindern. Beweis ist der mit dem Berliner Salouffabrikanten abgeschlossene Tarifvertrag vom 22. August v. J. Der „Vorwärts“ nennt diesen Ausschluß anderer oder nicht organisierter Arbeiter in seiner Nr. 297 vom 20. Dezember v. J. „die Anerkennung des Verbands-Arbeitersnachteils“ und findet, daß das gar nichts Neues sei. Diese Anerkennung sei von einer ganzen Reihe Arbeiterorganisationen erfolgt. Er beruft sich in einem späteren Artikel (Nr. 18 vom 21. Januar v. J.) auf den Tarifvertrag vom Jahre 1905, worin eine Verächthung des Arbeitersnachteils der Organisationen vom mit ausgedrückt war. Der große Unterschied zwischen einer Zulage, die Arbeitsnachteile zweier Organisationen (des Sozialarbeiterverbandes und der Gewerkschaften) zu berücksichtigen und der Verpflichtung, ausschließlich den Arbeitersnachteils des Sozialarbeiterverbandes zu begünstigen, erkennt der „Vorwärts“ nicht an. Er schreibt, daß die Mitglieder des Gewerkschafts-Verbands in den Betrieben ausgehoben seien.“ Er sagt aber nicht, ob dieses Ausheben freiwillig erfolgt ist, und aus welchem Grunde der Sozialarbeiterverband verhindern will, daß die Gewerkschaften und andere Organisationen auch in Zukunft in den Betrieben eingestellt werden.“ Wären aus dem Vorgesagten die nichtorganisierter Arbeiter die Lehre ziehen, sich den christlichen Gewerkschaftsorganisationen anzuschließen. Sonst laufen sie Gefahr, den Satz: „Entweder rot oder kein Brot“ vielleicht schon bald am eigenen Leibe erfahren zu müssen!

## Russland.

Gegen die Katholiken und für die Marawiten.

Das russische Ministerium des Innern beunruhigte sich, daß in Moskau die Uebertritte zur katholischen Kirche besonders von Personen, die eine angenehme Stellung einnehmen, sich häufen und hat deshalb einen Beamten des Departements für „ausländische“ Konfessionen nach Moskau abdelegiert. Dieser Beamte soll feststellen, ob die angelegte katholische Propaganda alle geistlichen Bestimmungen einhalte. Inoffiziell beschäftigt sich der Beamte zugleich selbst mit Propaganda. So ließ er den zur katholischen Kirche übergetretenen Geistlichen Grafen A. Tolstoi zu sich kommen, der in Moskau eine kleine Kapelle besitzt, und suchte ihn zu überreden, wieder in den Schoß der orthodoxen Kirche zurückzukehren. Der Graf erklärte, daß er dazu bereit wäre, wenn er bei den Gottesdiensten den Papst als Oberhaupt der Kirche erwähnen könne. Das erklärte der hohe St. Petersburger Beamte für unannehmbar. Ein Frau Pfarrer, die in die Marawitenkirche in Polen eine Spaltung hineinbrachte, ist von dem Moskauer Generalgouverneur, der die marawitische Bewegung behufs Schwächung des Einflusses der katholischen Geistlichkeit sehr fördert, aus Rußland ausgewiesen worden, da dieselbe österreichische Reichsangehörige ist. —

## Parlamentarisches.

Der Gesetzentwurf über die Pflichtfortbildungsschulen.

Dem Abgeordnetenhaus ist der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Errichtung und den Besuch von Pflichtfortbildungsschulen zugegangen. Das Gesetz bezweckt die Errichtung von Fortbildungsschulen und die Verpflichtung zu ihrem Besuche, welche bisher von der Entscheidung der einzelnen Gemeinden abhängig waren, auf eine neue Grundlage zu stellen. Alle Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern sollen verpflichtet werden, Fortbildungsschulen zu errichten. Derselbe Verpflichtung soll unter bestimmten Voraussetzungen an kleineren Gemeinden durch Beschluß des Wahlschulsausschusses auferlegt werden können, während allgemein es bei diesen dabei verbleiben soll die Errichtung einer Fortbildungsschule von der freien Ermessen abhängt. Zum Besuch der Schulen soll das Gesetz alle in den betreffenden Gemeinden in öffentlichen oder privaten Dienst beschäftigten männlichen Personen unter 18 Jahren drei Jahre lang verpflichten. Das Gesetz ermächtigt die Fortbildungsschulpflicht über den der gewerblichen Arbeiter im Sinne der Ordnung, die bisher allein zum Fortbildungsbefugnis herangezogen werden konnten. Nach dem Gesetz beigegebenen Begründung werden das Gesetz 42 Gemeinden genötigt werden, Bildungsschulen neu zu errichten; die Zahl der Schulbesuch neu heranzuziehenden jungen wird auf 93 600 veranschlagt. Ausgenommen von der gesetzlichen Schulpflicht sind die weil Arbeiter. Dagegen ist für die Gemeinden die Pflicht vorgegeben, auch diese im Wege des Statuts zum Besuche der Fortbildungsschule zu verpflichten.

Der Unterricht in der Fortbildungsschule soll für jeden Schüler jährlich 240 Stunden umfassen, die in der Regel auf 60 Wochen zu verteilen sind. Durch statutarische Bestimmung kann die Stundenzahl erhöht oder mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde bis auf jährlich 160 Stunden ermäßigt werden. Ueber die Unterrichtsstunden bestimmt das Gesetz, daß sie auf die Werktage und in die Tagesstunden zwischen 7 Uhr morgens und 8 Uhr abends zu legen und daß Ausnahmen von diesem Grundsatz nur aus besonderen Gründen mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde zulässig sind. In den Straßestimmungen folgt das Gesetz den Vorschriften der Gewerbeordnung, ergänzt und mildert sie indes durch die Bestimmung, daß eine polizeiliche oder gerichtliche Verurteilung von Fortbildungsschülern nur erfolgen kann, soweit nicht Verurteilung im Wege der Schulzucht erfolgt ist. Als Tag des Inkrafttretens des Gesetzes ist der 1. April 1912 angesetzt. Dagegen ist der 1. April 1912 angesetzt. Dagegen ist der 1. April 1912 angesetzt. Dagegen ist der 1. April 1912 angesetzt.

## Rheinischer Provinziallandtag.

„Düsseldorf, 11. März. Der Antrag auf Gründung einer Zwangsgenossenschaft zur Regelung der Vorhut und der Abwasserreinigung im linksrheinischen Industriegebiet am Niederrhein wurde dem Provinzialauschuss überwiesen, der ihn, verstärkt durch die Mitglieder der ersten Kommission und die Landräte der beteiligten Kreise, erledigen soll. Der Haushaltsplan wurde festgesetzt und eine Steuererhöhung um 1 Prozent auf 13 1/2 Prozent beschlossen, außerdem werden wieder 1/2 Prozent für Hochbauten erhoben.

In den Provinzialauschuss wurden aus dem Regierungsbezirk Köln als Mitglied das bisherige stellvertretende Mitglied Landrat Freiherr v. Döllwitzer-Siegburg und als stellvertretendes Mitglied Landrat v. Grotte-Rheinbach, der Vorsitzende der Rheinischen Landwirtschaftskammer, ferner aus dem Regierungsbezirk Düsseldorf als Mitglied das bisherige stellvertretende Mitglied Geheimrat Kommerzienrat Junke-Essen und als stellvertretendes Mitglied der Rentner und Weingärtner-Verbands-Vorstand gewählt. Eine sehr bewegte Debatte und eine namentliche Abstimmung brachte der Antrag von 25 Abgeordneten, den Provinzialauschuss mit der Prüfung der Frage zu beauftragen, ob nicht für die Rheinprovinz ähnlich wie in Westfalen eine Beschränkung der fortgesetzt steigenden Zahl der Abgeordneten zum Provinziallandtag eingeführt sei. Im Namen der ersten Kommission empfahl der Vorschlagssteller die Abnahme des Antrags. Nach langer Erörterung durch die Freunde und die Gegner des Antrags wurde in namentlicher Abstimmung der Antrag auf Prüfung der Frage mit 87 gegen 48 Stimmen angenommen. Zu Landesbauinspektoren wurden der Landesbauinspektor Georg Schwellmer und der Landesoberbauinspektor Theodor Esser gewählt. Der Provinziallandtag beschloß nach dem Vorgehen des Landwirtschaftsministers heute, 100 000 Mk. aus der Provinz zur Unterstützung nollebender Winger als Darlehen durch Vermittlung der Landesbank zu geben mit der Maßgabe, daß der Pro-





### Zwangsversteigerung.

Am Mittwoch, den 15. März cr., nachmittags 2 Uhr sollen zu Neuf, Dittgerstraße 92

Ein Motor mit Zubehör, eine Bandäge mit Maschine, eine Hobelmaschine, mehrere Sägen und Schreinerhandwerkzeuge, eine Stoupler-Presse, ein Klavier, eine Partie Hausmobilen sowie 350 Zentner Lumpen usw.

durch den Unterzeichneten öffentlich gegen gleich bare Zahlung versteigert werden.

Der Verkauf findet voraussichtlich bestimmt statt.

Neuf. Droh, Gerichtsvollzieher.

### Lagerplatz

im Centrum der Stadt, 360 Meter groß, sofort zu vermieten. Näb. in der Geschäftsstelle dfr. Ztg.

### Polsterer per sofort gesucht

Sad, Neuf, Wolberstraße 16 l.

### Zu Mieten zwei junge Leute als

### Lehrlinge

der Elektrotechnik gesucht.

M. Böttle & Co.

### Das Jahrgedächtnis für die Eheleute

Franz Ant. Wülfel

Christine geb. Seemann findet Mittwoch, den 15. März, morgens 8 Uhr, in der Mitternachtsstunde, wozu freundlichst einladet die Familie.

### Das Jahrgedächtnis für die verstorbene

Frau Wilh. Erhard

Gerhardine geb. Siebers und deren Sohn Theodor findet Mittwoch, d. 15. März, morgens 9 Uhr, in der Mitternachtsstunde, wozu freundlichst einladet die Familie.

### Das Jahrgedächtnis für die Eheleute

Benjamin Stürmann

findet Mittwoch, morgens 9 Uhr, in der Mitternachtsstunde, wozu freundlichst einladet die Familie.

### Männer-Sodalität

Wilmhelm Söbern

findet Mittwoch, den 15. März, morgens 9 Uhr, in der Mitternachtsstunde, wozu freundlichst einladet die Familie.

### Bekanntmachung.

Es wird hierdurch zur Kenntnis gebracht, daß unter dem Hindubestande des Bandwirts Peter Hübners zu Neuf, die Mäntel- und Kleiderstoffe ausgeteilt und über das Geschäft in der Versteigerung verhandelt werden.

Neuf, den 13. März 1911. Die Vollstreckungsverwaltung. Der Vollstreckungsbeamte: Grootend.

### Bekanntmachung

Es wird hierdurch zur Kenntnis gebracht, daß unter dem Hindubestande des Bandwirts Peter Hübners zu Neuf, die Mäntel- und Kleiderstoffe ausgeteilt und über das Geschäft in der Versteigerung verhandelt werden.

Neuf, den 13. März 1911. Die Vollstreckungsverwaltung. Der Vollstreckungsbeamte: Grootend.

### Zwangs-Versteigerung.

Am Mittwoch, d. 15. März cr., nachmittags 3 Uhr, sollen zu Neuf, im Pflanzental Markt 18,

1 Registriertasse, 1 Sekretärstisch, 1 Schreibtisch, 1 Bilderrahmen, durch den Unterzeichneten öffentlich gegen gleich bare Zahlung versteigert werden.

Mittler, Gerichtsvollzieher in Neuf.

### Zwangs-Versteigerung.

Am Mittwoch, d. 15. März, nachmittags 3 Uhr, sollen zu Neuf, im Pflanzental Markt 18,

1 Ackerbüffel, durch den Unterzeichneten öffentlich gegen gleich bare Zahlung versteigert werden.

Mittler, Gerichtsvollzieher in Neuf.

Schlafstellen zu vermieten. In der Exped.

## Centrumpartei der Stadt Neuf.

Donnerstag, den 16. März, Abends 8 1/2 Uhr findet im Restaurant zur Citadelle am Oberer, für die Bezirke Markt, Oberstraße und angrenzende Straßen

eine

## Bezirksversammlung

statt, behufs

Einführung der neuen Organisation, Vornahme der Wahlen des Vorstandes und der Vertrauensmänner, sowie

Besprechung politischer und kommunaler Fragen.

Die sämtlichen Parteifreunde der Bezirke laden dringlichst ein

Der Arbeitsausschuß.

## Religionswissenschaftliche Vorträge

für die gebildeten katholischen Kreise von Herrn Dr. theol. Tillmann aus Bonn

Privatdozent der Königlichen Universität.

Dienstag, den 14. März 1911:

Wer war Jesus?

Dienstag, den 21. März 1911:

Hat Jesus das Papsttum gestiftet?

Die Vorträge finden abends 8 1/2 Uhr statt, im grossen Saale des katholischen Gesellenhauses, Sternstrasse.

Karten zu 1.50 Mk. für beide Vorträge. Einzelkarte zu 1 Mk., zu haben bei L. Rutz u. J. van Haag, und Dienstags abends im Gesellenhause.

## Regenschuh-Konfektionen

Knaben-Wetter-Pelerinen, grau, grünlich blau Mk. 4.50, 6. —, 9. —, 12. — bis 20. —.

Mädchen-Wetter-Pelerinen, grau und blau Mk. 4.50, 5.25, 6.50, 7.75, 10. —, 12. —, 14. —.

Herrn-Wetter-Pelerinen, grau, grünlich, kariert Mk. 10. —, 12.50, 15. —, 18. — bis 28. —.

Damen-Wetter-Pelerinen, grau, grünlich, kariert Mk. 10. —, 12.50, 15. —, 18. — bis 28. —.

Herrn-Gummi-Pelerinen, grau meliert und schwarz Mk. 15. — bis 25. —.

Damen-Gummi-Pelerinen, grau meliert und blau Mk. 15. — bis 25. —.

Herrn-Wetter-Mäntel, glatte und Kameelhaar-Loden Mk. 16.50, 19. —, 23. — bis 35. —.

Damen-Wetter-Mäntel, glatte und Kameelhaar-Loden Mk. 16.50, 19. —, 23. — bis 32. —.

Herrn-Gummi-Mäntel in grau meliert und Sportfarben Mk. 24. —, 27. —, 30. —, 37. —, 42. — bis 68. —.

Damen-Gummi-Mäntel, grau, blau, Sportfarben Mk. 32. — bis 56. —.

Herrn-Waterproof-Mäntel, federleicht, in Sportfarben Mk. 25. —, 27. —, 29. —, 32. —, 39. — bis 62. —.

Damen-Waterproof-Mäntel, federleicht, grau, blau u. Sportfarben Mk. 22.50, 25. —, 30. —, 35. — bis 55. —.

Beste Waren. Grosse Auswahl. Alle Grössen.

neuf. Rud. van Oenderf

neuf.

## Radhülle und Vorbereitung

in allen Größen und Farben, erteilt gründlich und pfl. Geß. Nachträge um 3.50 an die Geschäftsstelle der Neuf-Grevenb. Ztg.

Neuf, den 15. März 1911. Die Geschäftsstelle der Neuf-Grevenb. Ztg.

Neuf, den 15. März 1911. Die Geschäftsstelle der Neuf-Grevenb. Ztg.

Neuf, den 15. März 1911. Die Geschäftsstelle der Neuf-Grevenb. Ztg.

Neuf, den 15. März 1911. Die Geschäftsstelle der Neuf-Grevenb. Ztg.

Neuf, den 15. März 1911. Die Geschäftsstelle der Neuf-Grevenb. Ztg.

Neuf, den 15. März 1911. Die Geschäftsstelle der Neuf-Grevenb. Ztg.

Neuf, den 15. März 1911. Die Geschäftsstelle der Neuf-Grevenb. Ztg.

Neuf, den 15. März 1911. Die Geschäftsstelle der Neuf-Grevenb. Ztg.

Neuf, den 15. März 1911. Die Geschäftsstelle der Neuf-Grevenb. Ztg.

## Stadt. Männer-Gesang-Verein und Damenchor, Neuss.

Sonntag, den 19. März 1911, abends 7 Uhr

im grossen Saale des Hotel Polzer:

## II. Konzert

Leitung: Herr Städt. Musikdirektor W. Helmich, Neuss.

Solisten: Frl. Lindenberg, Köln, Sopran; Herr Rheinhold Weber, Köln, Bariton; Herr Philipp Oldmann, Neuss, Bass.

Orchester: Städt. Orchester M. Gladbach.

I. Eroica

III. Symphonie von L. v. Beethoven.

II. Das Feuerkreuz

Oratorium für Soli, Chor und Orchester von Max Bruch.

Eintrittskarten im Vorverkauf in den bekannten Verkaufsstellen I. Platz 2.50 Mk., II. Platz 1.25 Mk.; an der Abendkasse I. Platz 3. — Mk., II. Platz 1.50 Mk.

## Naturwissenschaftlicher Verein Neuf.

Mittwoch, den 15. März, abends 9 Uhr, in der

städtlichen Oberrealschule:

## Vortrag

des Herrn Oberlehrers Dr. Krüger über:

„Verfälschung aus dem Gebiete der Ethnologie“

(1. Teil).

Freunde der Naturwissenschaften sind willkommen.

Der Vorstand.

## Freitheater Grevenbroich.

Mittwoch, den 15. März, von nachmittags 2 Uhr

Donnerstag, den 16. März, von 4 Uhr

bis Abends 11 Uhr im Theater.

## Vorstellungen.

Erstklassige Lichtbildshow.

Bornehmes Theater für Unterhaltung und Belehrung.

## Das Leben Jesu.

Seine Geburt, seine Kindheit, sein Leben, sein Tod. Die Anfänge der Christenheit. — Die Geschichte der Kirche. — Die Anfänge der Christenheit. — Die Geschichte der Kirche.

1. Platz 1 Mk., 2. Platz 50 Pf., 3. Platz 25 Pf.

Zu den Nachmittagsvorstellungen

aus den Nachmittagsvorstellungen

aus den Nachmittagsvorstellungen

aus den Nachmittagsvorstellungen

aus den Nachmittagsvorstellungen

aus den Nachmittagsvorstellungen

aus den Nachmittagsvorstellungen

aus den Nachmittagsvorstellungen

aus den Nachmittagsvorstellungen

aus den Nachmittagsvorstellungen

aus den Nachmittagsvorstellungen

aus den Nachmittagsvorstellungen

aus den Nachmittagsvorstellungen

aus den Nachmittagsvorstellungen

aus den Nachmittagsvorstellungen

aus den Nachmittagsvorstellungen

aus den Nachmittagsvorstellungen

aus den Nachmittagsvorstellungen

aus den Nachmittagsvorstellungen

aus den Nachmittagsvorstellungen

aus den Nachmittagsvorstellungen

aus den Nachmittagsvorstellungen

aus den Nachmittagsvorstellungen

aus den Nachmittagsvorstellungen

aus den Nachmittagsvorstellungen

## Neusser Krieger-Verein

Mittwoch, den 15. März, abends 8 1/2 Uhr im Vereinslokal bei Wwe. Belzer

Monats-Versammlung.

Um zahlreiches Erscheinen

bittet

Der Vorstand.

## Neuher Turn-Verein v. 1848

c. V.

Mittwoch Abend Beginn

der

## Übungen

für das Stützungsamt

Nach dem Turnen:

Versammlung.

Stützungsamt.

Stützungsamt.

Stützungsamt.

Stützungsamt.

Stützungsamt.

Stützungsamt.

Stützungsamt.

Stützungsamt.

Stützungsamt.

Stützungsamt.

Stützungsamt.

Stützungsamt.

Stützungsamt.

Stützungsamt.

Stützungsamt.

Stützungsamt.

Stützungsamt.

Stützungsamt.

Stützungsamt.

Stützungsamt.

Stützungsamt.

Stützungsamt.

Stützungsamt.

Stützungsamt.

Stützungsamt.

Stützungsamt.

Stützungsamt.

Stützungsamt.

Stützungsamt.

Stützungsamt.

Stützungsamt.

Stützungsamt.

Stützungsamt.

Stützungsamt.

Stützungsamt.

Stützungsamt.

Stützungsamt.

Stützungsamt.

Stützungsamt.

Stützungsamt.

Stützungsamt.

Stützungsamt.

Stützungsamt.

Stützungsamt.



## Deutschland.

Berlin, 13. März.

### In trauernder Verehrung

gedenkt heute das katholische Volk seines großen Führers Ludwig Windthorst, der ihm vor 20 Jahren, am 14. März 1891, durch den Tod entrissen wurde. Immer wieder reißt dieser Tag die alte, schmerzvolle Wunde auf, da der Verlust unersetzbar, der große Mann unvergesslich ist. Immer wieder aber mahnt der Tag auch, dem Gebot des teuren Toten folgend, treu zusammen zu stehen, einig und opferwillig im Centrum, damit dessen fleißiges Banner stets flattere auf dem unüberwindlichen Turme, schirmend und schützend in allen deutschen Landen, die Wahrheit, das Recht und die Freiheit, Kirche und Vaterland!

### Westfalens neuer Oberpräsident.

\* Berlin, 13. März 1911. Zum Oberpräsidenten der Provinz Westfalen an Stelle des verstorbenen Staatsministers Frhr. von der Hede von der Horst wurde der Regierungspräsident von Koblenz, Prinz von Ratibor und Corvey ernannt. Prinz Ratibor kam bekanntlich erst vor einem Jahre als Nachfolger des in den Ruhestand getretenen Frhr. v. Hövel als Regierungspräsident nach Koblenz.

### Der Vatikan und Preußen.

Ueber Unterredungen des preussischen Gesandten mit dem Kardinalstaatssekretär entnimmt die „Schles. Volksztg.“ der „Wiener N. Fr. Presse“, der sie die Verantwortung dafür überläßt, die folgende Mitteilung aus Rom:

Fr. v. Mühlberg hatte in diesen Tagen mit Kardinal Merry del Val mehrere Unterredungen, welche die Note des Osestators Romano, betreffend die Erklärung des preussischen Ministers über den Mordversuch und den Brief des Staatssekretärs an Kardinal Kopp zum Gegenstande hatten. Der Charakter der Unterredungen war ein durchaus freundschaftlicher. Der Zwischenfall dürfte gütlich beigelegt sein. Herr v. Mühlberg erhielt die Versicherung, daß die Note des Osestators Romano die Folge eines Mißverständnisses war und einen moralischen Zusammenhang zwischen seinem Gespräch mit dem Staatssekretär und dem Briefe des letzteren an Kardinal Kopp nicht bestritten sollte. Es ist im Vatikan ein öffentliches Geheimnis, daß die erwähnte Note im päpstlichen Amtsblatt von einem ersten Sekretär ohne Vorwissen des Kardinals ausgegeben wurde. Ueber die Angelegenheit sollen weitere Erklärungen nicht veröffentlicht werden. Das letzte Wort hat der Reichskanzler gesprochen.

### Der Dank des Prinzregenten.

\* München, 13. März. Der Prinzregent gab seinem Dank für die Kundgebungen an dem Festtage durch nachstehenden Erlaß vom 13. März Ausdruck:

Wenigstens Herzens blide ich in diesen Tagen auf ein lautes, wechselläufiges und reich gegliedertes Leben zurück. Fast ein Jahrhundert ist es mir vorübergegangen, eine Zeit ungeahnter nationaler Entfaltung, bewundernswürdiger Fortschritte auf allen Gebieten des menschlichen Wissens und Könnens. Mein liebes Bayern nahm an den Erzeugnissen dieser Zeit lebhaften, mütterlichen Anteil. Mit Stolz und Freude ruhen meine Augen auf dem Lande, dem von Jugend auf meine ganze Liebe gehörte, auf dem Volke, dessen Glück und Wohlergehen durch 25 Regierungsjahre all' mein Denken und Sorgen war, das mit meinem Haus in altbewährter Liebe und Treue so innig verbunden ist.

Uebervollt von dieser Liebe und Treue habe ich in den Tagen der Feier meines 90. Geburtstages erfahren, Wohl hat es prunkvolle Ehrungen und Feste dankend abgelehnt; das Volk selbst hat jedoch in allen Berufsreisen und Gauen meines lieben Vaterlandes, ja auch außerhalb des Landes meinen Geburtstag in herzlichster Feier zu einem Festtage gemacht. Arm und reich, hoch und nieder, Stadt und Land, Körperkraft und Einzelperson vereinen sich in dem Bestreben, mir auf innige Weise ihre Glückwünsche darzubringen durch festliche Veranstaltungen, in Schrift und Bild, durch Geschenke und Anlagen, die meinen Namen tragen werden, durch Stiftungen und Spenden für edle Zwecke. Dank, innigster Dank sage ich allen, die in diesen Tagen meiner gedacht haben.

Mit besonderem Dank nehme ich die bedeutende Landesspende entgegen, die mir für wohlthätige und gemeinnützige Zwecke gewidmet ist und die ich um so höher anerkenne, als gerade die vergangenen Jahre mit ihren mannigfachen schweren Heimtuchungen die Opferwilligkeit und den Gemeinsinn des Landes in außerordentlichem Maße in Anspruch genommen wurden. Ich habe das Ertragnis der Spende zur Förderung der Jugendfürsorge auf ihren verschiedensten Gebieten, zur Unterstützung bedürftiger Veteranen aus Kämpfen, an denen unser Vaterland Anteil genommen hat, und anderen wohlthätigen Zwecken bestimmt. Von Herzen wünsche ich, daß die Gaben im Sinne der Spender reichen Segen stiften mögen.

Treu und warm schlägt allen mein Herz entgegen, die mich in den vergangenen Tagen huldvoll umstanden, meiner braven Arme und meinen bewährten Beamten, der pflichttreuen Geistlichkeit und Männern und Frauen der Arbeit in Wissenschaft und Kunst, Landwirtschaft und allen anderen Berufen, sowie der lieben, lebensfrohen Jugend, deren Wohl ich mir besonders angelegen sein lasse.

Die Erinnerung an die vergangenen Tage wird wie ein heller, warmer Sonnenschein leuchten auf dem Leben, das mir noch beschieden ist. Dieses Leben wird auch künftig in liebevoller Sorge und Arbeit dem Wohl und dem Frieden meines teuren Vaterlandes gewidmet bleiben. Der Allmächtige, der Bayerns Volk bisher so gnädig geleitet hat, halte über ihm seine schirmende, segnende Hand für alle Zeiten!

### Die Verwendung der Jubiläumssammlung.

\* München, 13. März. Der Prinzregent bestimmte, daß das Ertragnis der Landessammlung, die zu seinem 90. Geburtstage veranstaltet wurde, in folgender Weise verwendet werde: 1. 500 000 Mark zur Errichtung einer Landesheilstätte für tu-

berkufte Kinder; 2. 500 000 Mark als Jubiläumsspende für Jugendfürsorge und zur Unterstützung der Bestrebungen auf dem Gebiete der Jugendfürsorge; 3. 300 000 Mark zur Unterstützung hilfsbedürftiger Kriegsteilnehmer aus dem Jahre 1870-71 sowie aus den Feldzügen und Kämpfen früherer und späterer Jahre. 4. Ueber den Restbetrag behält sich der Regent die Verfügung zu Gunsten von wohlthätigen oder gemeinnützigen, dem ganzen Lande zugute kommenden Zwecken vor.

### Aus dem Kreise Neuh.

\* Neuh., 14. März.

# Das Wetter ist wieder recht ungemütlich geworden. „Der März schilt der Stäh.“ und Sturm, Regen und Schnee sind die Folge. Die Temperatur sank dabei bis 1 Grad über Null. Heute Morgen hat sich der Märzsturm etwas ausgetobt. Das Barometer beginnt langsam zu steigen.

W Der Entwurf des Kreisbauhaushalts für das Rechnungsjahr 1911 weist gegen das Jahr 1910 mancherlei Veränderungen auf. Die Provinzialumlage beträgt 110 748 Mk. (93 797 i. V.). Die Kreissteuer a. zur Deckung der an den Landarmenverband zu zahlenden Pflegekosten der Geisteskranken pp. 35 868 Mk., b. zur Deckung der sonstigen Kreisbedürfnisse 32 954 Mk., zusammen 68 822 Mk. (61 322 i. V.). Die Schatzkasseneinsparungen sind mit 6000 Mk. eingelegt gegen 500 Mk. i. V.

Die Einnahmen des Kreisunternehmensamtes setzen sich zusammen aus Gebühren für Untersuchungen im Auftrage der Polizei, Gemeinden, Gerichtsbehörden 3400 Mk. (3000), Gebühren für Untersuchungen im Auftrage von Privaten 500 (400), Einnahmen aus der Unternehmung ausländischer Fettes und Meines 4300 Mk. (4000), Geldstrafen wegen Vergehen gegen das Nahrungsmittelgesetz 800 Mk. (600).

Der Titel Steuern und Gebühren schließt mit 195 220 Mk. gegen 169 551 Mk. i. V. ab. Zur Deckung der Kreissteuern ausschließlich der Provinzialumlage ist die Erhebung eines Zuschlages von 8,7 Prozent zu den staatlich veranlagten Realsteuern einschließlich der Betriebssteuer und der Einkommensteuer einschließlich der Einkommen von nicht mehr als 900 Mk. erforderlich. Mit Rücksicht auf die geringe Höhe des Kassenbestandes wird die Erhebung eines Zuschlages von 9 Proz. vorgeschlagen.

Für Bekämpfung der Tuberkulose und Säuglingssterblichkeit in den Landgemeinden sind 2200 Mk. eingelegt (1500).

Einer Anregung der Landesversicherungsanstalt folgend, ist mit Unterstützung derselben eine Jögenfürsorge für Jungenkranke in den Landgemeinden errichtet worden. Derselbe gewährt zunächst den Kranken unentgeltliche, ärztliche und bakteriologische Untersuchung. Durch regelmäßige Hausbesuche der Fürsorgefrauen (der Mitglieder der im Kreise bestehenden Mütterlichen Niederlassungen) soll sodann auf eine zur Heilung der Kranken und zur Verhütung der Ansteckung der Umgebung zweckdienliche Lebensweise hingewirkt und diese durch Abgabe geeigneter Hilfsmittel erleichtert werden. Zur Verminderung der Säuglingssterblichkeit haben die Landgemeinden ärztliche Mutterberatungsstellen eingerichtet und soll zu deren Kosten im Bedarfsfalle ausnahmsweise ein Beitrag geleistet werden.

Für Weisheit für Gefäßgülden und Ostbau 1000 Mk. (800). Neu ist die Position Zuschuß zu den Kosten eines Polizeibundes 170 Mk.

Der Etat balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 500 800 Mk. gegen 416 500 Mk. i. V.

### Bezeichnung der Einnahme.

Titel 1. Aus Stromlieferung und Zählermiete. a) Für Abgabe von elektrischer Energie zu Licht- und Kraftzwecken 140 000 Mk. b) In Zählermiete 15 000 Mk. — 155 000 Mk.

Titel 2. Gebühren und Steuern. Zählermontagegebühren 700 Mk. Abnahmegebühren 800 Mk. Inzestationszweckgebühren 400 Mk. Einschlußgebühren 1100 Mk. — 3000 Mk.

Titel 3. Verkauf von Materialien. Verkauf von Zählerbüchsen, Sicherungen, Zählern und sonstigen Materialien 750 Mk. — 750 Mk.

Titel 4. Verschiedene Einnahmen. Für Reparaturen an Hausinstallationen 450 Mk. Errichtung der Wohnungsmiete des Montageinspektors 300 Mk. Unvorhergesehenes 1000 Mk. — 1750 Mk.

Titel 5. Außerordentliche Einnahmen. Zuschuß aus dem Dispositionsfonds des Kreises 11500 Mk. — 11500 Mk.

Der im vorjährigen Etat vorgesehene Zuschuß wird zum Teil erparnt. Der vorliegende Etat enthält die Veranschlagung der vollen Umsätze 1 500 000 Mk. und die Amortisation von 1 300 000 Mk. (Tit. 7.) Er sieht ferner in Tit. 5 Mittel zur Erweiterung von Ortsnetzen vor.

Für Strombezug ist in Ausgabe gestellt: Für den Bezug des elektr. Stromes aus dem städt. Elektrizitätswerk 40 000 Mk.

(Religionswissenschaftliche Vorträge. Von manchen Besuchern werden wir gebeten, darauf hinzuweisen, daß die Damen ihre Hülle ablegen möchten. Außer dem Vorstandszimmer wird auch noch der kleine Saal (Vorraum) für die Damen reserviert hergerichtet. Da der Vortrag pünktlich beginnen muß, so wird um frühzeitiges Erscheinen gebeten, damit durch späteres Kommen keine Störung verursacht wird. Der Vortrag über das Thema, ob Jesus Gott war, ist offenbar der aktuellste, und wird sich nach dem bisherigen über die Geschicklichkeit Jesu zu einem hochinteressanten gestalten.

Neuer Turnverein von 1848. In der Monatsversammlung des Neuen Turnvereins am vergangenen Samstag wurde bekannt gegeben, daß auf die Ueberführung des Jahresberichtes pro 1910 von dem Ehrenmitgliede des Vereins, dem Landwirtschaftsminister Gellert von Schorlemer folgendes Schreiben eingegangen sei:

Berlin, 8. März 1911. Für die Ueberführung des Jahresberichtes sage ich herzlichen Dank! Möge dem Neuen Turnverein, dessen Bestrebungen ich mit den besten Wünschen beglücke, auch fernerhin ein erfolgreiches Wirken für die Erhebung deutscher Kraft und deutscher Jugend beschieden sein!

Frhr. v. Schorlemer, Staatsminister.

Es wurde beschlossen, am nächsten Sonntag eine halbtägige Turnfahrt nach Kaiserswerth zu unternehmen, anschließend daran soll von den Teilnehmern das an demselben Tage zu Düsseldorf stattfindende Schauturnen des Verbandes Düsseldorf-Turnvereine in der Tonhalle besucht werden. Am Sonntag den 2. April feiert die Damenabteilung des Vereins ihr 3. Stiftungsfest durch Schauturnen und Kaffeekränzchen, und werden dazu Einladungen in beschränkter Anzahl ergehen. In Aussicht genommen wurde für Sonntag den 21. Mai ein Staffettenlauf, der morgens ausgeführt und am Oberteile beginnend über Grimlinghausen und Verghausen führend wieder am Oberteile enden soll und wozu die aktiven Mitglieder des Vereins und die Jünglinge der Jugendabteilung herangezogen werden. Den gemeinsamen Verhandlungen folgte ein Vortrag über „Wanderfahrten“ an Hand der bekannten Schrift Friedr. Kubw. Jahn's. Reisevorträge eines reichgeübten Vereinsmitgliedes trugen wesentlich zur Erheiterung bei.

Der Kriegerverein hält seine Monatsversammlung, die sonst Montags stattfindet, am Mittwoch ab.

Verein der 68er. In der am vergangenen Sonntag stattgehabten Generalversammlung wurde an Stelle des verstorbenen Vorsitzenden Mith. Wöhrer der bisherige zweite Vorsitzende Kamerad Mith. Breuer einstimmig zum ersten Vorsitzenden gewählt.

Fußballspiel. Neuer Fußballclub v. 1906 gegen D. F. C. „Concordia“, Düsseldorf. Neu trat am vergangenen Sonntag Nachmittags mit zwei Ersatzspielern gegen „Concordia“ an. In der ersten Halbzeit trat der Neuer Torwächter, für den kein passender Ersatzmann zur Stelle war, aus. „Concordia“ spielte mit großer Schnelligkeit, guter Kombination, während Neuh etwas nervös und unüberlegt vorging, wofür infolge des fortwährenden Stuns und Vordrängens des Publikums, dem es sehr zu empfehlen ist, seinen Gefühlen weniger laut Ausdruck zu geben. Concordia siegte mit 6:1. Ein Resultat der Gesamtleistung entsprechend wäre etwa 6:4 oder 5 gewesen.

Bedauerlicherweise kam es gegen Ende des Spieles zu Ausschreitungen, eines Teiles des Publikums gegen die Düsseldorf-Spieler, von denen mehrere nicht unbeschädigt verletzt wurden. Auch erklärte sich das Publikum mit den Entscheidungen des Schiedsrichters nicht einverstanden, ohne zu berücksichtigen, daß ein Schiedsrichter einmal nicht alles sehen kann, jedenfalls aber die Spielregeln besser kennt, als ein Teil des Publikums. (Gingebant.)

Stürgelberg, 13. März. Auf Einladung des Hauptvorstandes tagte hier gestern Abend unter dem Vorsitz des Herrn Koberg eine äußerst gut besuchte Bezirksversammlung des Rhein. Bauernvereins. Der große Saal des Hrn. Tolles war bis auf den letzten Platz gefüllt. Viele auswärtige Gäste waren erschienen. Auch hatte Herr Koberg die Ehre, es sich nicht nehmen lassen, durch sein Erscheinen sein reges Interesse an den Bestrebungen des Bauernvereins zu bekunden.

Herr Thelen begrüßte in herzlichsten Worten im Namen des Hauptvorstandes die Versammlung und behandelte zum ersten Punkte der Tagesordnung in einführender, sachlicher und überzeugender Rede das Thema: „Die Notwendigkeit der Organisation des Bauernstandes in heutiger Zeit und die Vorteile der Mitgliedschaft im Rheinischen Bauernverein.“ Hineinweisend auf den Kampfstoff der heutigen Zeit, auf die gegenwärtige politische und wirtschaftliche Lage, wies Redner zwingend die Notwendigkeit der Organisation des bäuerlichen Berufsstandes nach und bezeichnete die Sozialdemokratie und den Sozialismus als ausgesprochene Gegner unseres Standes. Die Worte des Herrn Dr. Müller auf der großen Versammlung des Hauptverbandes zu Düsseldorf: „Das agrarische Volk muß gebrochen und abgemildert werden, könne man als Deutse des Hauptverbandes bezeichnen. Man werfe von gegnerischer Seite dem Bauernverein vor, er handle einseitig zum Nachteil der Industrie und des Handels, es sei aber gerade der Rhein. Bauernverein weit davon entfernt, wie hätten uns jederzeit betrachtet als einen Berufsstand, der sich einordnen müsse in die gesamte Volkswirtschaft, in den Volksorganismus, wir seien, wie jeder andere Stand, eines der Glieder am Volkskörper, die alle miteinander leben und arbeiten müßten, wenn die Gesamtheit des Volkes gesund bleiben solle. So habe der Bauernstand von jeher seine Stellung im Wirtschaftsleben ausgefüllt und die Gegner hätten absolut keinen Grund, von Agrar-Deinagogie zu sprechen. Redner wies hierauf nach, wie gerade umgekehrt der Bauernstand gar oft der Umbo gewiesen sei, auf den die anderen losgeschlagen hätten. Er erinnerte an die glorreiche Zeit des Grafen Caprivi, die die Landwirtschaft an den Rand des Ruins geführt habe, ferner an die Reichsfinanzreform mit deren erbitterten Kämpfen um die Nachschußsteuer und den daran anknüpfenden Gründungen des Hauptverbandes und des sogen. Bauernbundes. Herr Thelen ging dann über auf einen Vergleich zwischen dem landwirtschaftlichen Verein und dem Bauernverein. Beide Vereine arbeiteten in ihrer Art auf gegenwärtige Weise für die Interessen der Landwirtschaft. Da die Landwirtschaftsminister seit 1893 den größten Teil der Arbeit des landwirtschaftlichen Vereins übernommen habe, beschränkte sich die Tätigkeit des letzteren namentlich auf das Gebiet der Agrartechnik. Der Rhein. Bauernverein sei eine soziale Organisation, der die volkswirtschaftlichen Aufgaben in den Vordergrund seiner Tätigkeit gestellt habe, und das Endziel sei die Organisation der bäuerlichen Kreise als Berufsstand, insofern habe er ein größeres Betätigungsfeld als der landwirtschaftliche Verein. Wenn letzterer auch unter staatlichem Einfluß stehe, so gebe der Bauernverein gerne zu, daß die Agrarfrage einer gemeinsamen Lösung nur entgegengeführt werden könne unter reger Mitarbeit und Unterstützung der Staatsregierung, obgleich letzterer Grenzen gezogen seien durch die Forderung der sittlichen Ordnung und der Gerechtigkeit. Redner ging dann des Näheren ein auf die praktischen wirtschaftlichen und sozialen Einrichtungen des Bauernvereins, auf das landliche Genossenschaftswesen — 760 Genossenschaften zähle der Genossenschaftsverband, der sich zusammenschloß aus

Sparkassen und Darlehnskassenvereinen, Bauern- und Abhängigkeitsvereinen, Molkerei-, Stäferei- und Milchverwertungsgenossenschaften, Winzervereinen, ferner auf die Saatkassen, Berufsorganisationen, Versicherungsvereine, Rechtschutz usw. Wie legendarisch die Berufsorganisationen, gehe schon daraus hervor, daß auf Grund der von ihr gemachten Untersuchungen wegen Mindererhalt im letzten Jahre 17 000 Mk. bei Kaufmännern und über 37 000 Mk. bei Kraftfutter den Landwirten zurückvergütet werden mußten. Die Rechtschutzkommission sei im letzten Jahre von über 3000 Mitgliedern in Anspruch genommen worden, in mehr als 200 Fällen auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung.

Selbsthilfe auf wirtschaftlichem Gebiete allein könne jedoch den Bauer nicht retten. Da auch vom innerpolitischen Gebiete aus viele Fäden in die wirtschaftlichen Verhältnisse des Bauernstandes hineingriffen, sei auch hier eine starke Organisation notwendig, die mit aufmerksamen Augen alle Vorgänge beobachte und wenn es an der Zeit sei, ihre warnende Stimme erhebe und praktische Vorschläge mache. Die Forderung des Rheinischen Bauernvereins gehe dahin, daß jeder Stand in der Gesetzgebung zu behandeln werde, wie es die Eigenart, die Natur seines Bestandes und seiner Arbeit und die damit zusammenhängende Art seines Lebens bedinge.

Der Rhein. Bauernverein sei selbst keine politische Partei; er ist losgelöst von jeder politischen Partei, unabhängig von der staatlichen Weisung, er ist reinlich die ethischen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Bauernstandes und des ländlichen Landes in einer klugen und besonnenen Weise zu beseitigen, er soll die wirtschaftlich-sonstigen Verhältnisse im öffentlichen Leben sichern und erhalten und wie ein Sauerbrot die politischen Parteien zu durchdringen versuchen. Nicht soll er sich hineinmischen in das Getriebe des politischen Tageskampfes, denn an dieser Spitze würde das noch so stolze Schiff unrettbar zerföhren. Damit sei auch dessen Stellungnahme zum Bunde der Landwirte vorgezeichnet, der nach seiner ganzen Vergangenheit eine direkte politische Organisation darstelle. Einig sei der Bauernverein mit ihm in dem großen Ziele: Erhaltung und Förderung eines starken gefunden Bauernstandes, prinzipiell seien jedoch die Wege verschieden, wie dies gemeinsame Ziel erstrebt werden solle.

Kurz streifte Redner dann noch die Reform der rheinischen Landgemeindegliederung, ferner die Wahlrechtsreform und den Wahlen zur Landwirtschaftskammer und forderte dann die Landwirte auf, sich stets recht zahlreich an den Kommunalwahlen zu beteiligen.

Reicher Beifall wurde dem Herrn Thelen nach Schluß seiner Ausführungen zuteil. Den Herrn Koberg wies nach in herzlichsten Worten zum Ausdruck. Herr Koberg dankte noch besonders in gütigen Worten dem Redner und ging auf einzelne Ausführungen näher ein. In begeisterten Worten feierte Herr Koberg die Bedeutung des Bauernstandes als den Lebensboden aller Stände, der treu festhalte an der von den Vätern ererbten Scholle, der die Grundbedürfnisse des wahren Christentums hoch halte, der die beste Schutzwehr gegen die Sozialdemokratie sei. Der Bauernstand sei mit seinen 12 Millionen Bauern im deutschen Volke die Mehrheit und das Mark des deutschen Volkes. Im Parlamenten seien eifrige Vertreter, der Bauernverein, zumal der Rhein. Bauernverein, vertrete seine einseitigen Interessen, er luche einen Ausgleich der christlichen Stände. Gerne, so führte der Herr Koberg weiter aus, ergreife er diese Gelegenheit, um sämtliche Herren zu bitten, sich zu erheben und auf den Rheinischen Bauernverein und seinen erprobten Führer, den Herrn Freiherrn von Loeb ein dreifaches Hoch auszubringen. Trotz aller Stürme werde Herr Frhr. v. Loeb das Schicksal des Bauernvereins mit fester Hand weiter steuern, zum Segen der rheinischen Landwirtschaft!

Begeistert stimmten alle Herren kräftig in das Hoch ein. Im Laufe des Abends sprach Herr Thelen noch weiter über landwirtschaftliche Tagesfragen, Frühjahrsdüngung, Fütterung und Aufzucht des Jungviehs, ferner über Anlage von Wiesen und Weiden, deren Behandlung und Düngung. Eine rege Diskussion schloß sich diesen Vorträgen an und währte der geistige Abend ungewöhnlich lang. Die Tätigkeit des hiesigen Ortsverbandes wurde neu zu beleben und viele neue Mitglieder dem Vereine zu erwerben.

3. März, 13. März. Die geistige Versammlung des hiesigen Junglingsvereins galt der Regelung von Vereinsangelegenheiten. Da der Theatervorabend im vorigen Monate einen nennenswerten Ueberschuß gebracht hatte, sah sich die Versammlung in der Lage, die Mittel zur Gründung und Einrichtung einer Abteilung zum Zwecke des Fußballspiels aus der Kasse zu gewöhnen. Den einzelnen Mitgliedern soll von jetzt an zweimal monatlich das in Gladbach erscheinende Verbandsorgan „Die Wacht“ auf Vereinskosten zugestellt werden. Der Herr Präses beantwortete zum Schluß der Versammlung in längerem Vortrage die Frage: Wer ist ein Sozialdemokrat?

### Aus dem Kreise Grevenbroich.

Grevenbroich, 12. März. Gestern Abend tagten unter dem Vorsitz des Präses Herrn Kaplan Litterscheid der hiesige katholische Arbeiterverein und Junglingsverein. Auch einige Nichtmitglieder waren der Einladung gefolgt. Zunächst sprach Herrendant Sinzig von der Zentrale der Kreisleitstelle in Köln. Seine Vorträge umfassen über die Organisation der Kasse, über die sittliche Pflicht für jedermann, auch nach dem Tode für seine Hinterbliebenen zu sorgen, haben wohl die Errichtung einer hiesigen Zentralkasse gefördert. Aus seinen Worten sei noch hervorzuheben, daß die Mitglieder auch ihre Ehefrauen und Kinder unter außerordentlich günstigen Bedingungen aufnehmen lassen. Unter denselben Bedingungen können auch Mitglieder anderer kathol. männlicher und weiblicher Vereine beitreten. Im zweiten Teile behandelte Hr. Präses Dr. Böbel aus Neuenhausen die Zentralfraktionszusammenkunft. In seinen außerordentlich interessanten, historischen Ausführungen wies er den gewaltigen Umfang der christlichen Caritas schon im Urchristentum nach, die in alles umfassender Liebe in jeder geistigen und irdischen Not gesorgt habe. Heute aber sei der Arbeiter imstande

Mr. 12

Der Pos

Freitag von 11. a. hande

beschrieben

ten, über die

wurde.

Bereits er

welcher folgen

den Herrn

Salige Worte

der Dienstver

in welchem Ge

reichen den Ge

versuchen, ins

gereicht, und

seines Geistes

wird, wonach

Kommunisten

Madell gerei

gegründet wer

öffentlich zu

der ungewiss

ihre Familie

amten nach d

ren; 3. die

ausnahmswei

aus zum ge

Außerdem

Einträge vor

Er im b o r

den Herrn

wollen, daß

den Dienst g

stenten usw.

zeit eine per

erhalten; 6.

der Reichspol

ausgenommen

mäßig angefe

Der Unter

mit der eusse